

28. April 2015

DEMOKRATIEKONFERENZ VOM 12. MAI 2015 IN SPEYER

Fact Sheet zum Thema: Ist Politik zu komplex für direktdemokratische Verfahren?

Fester Bestandteil der Debatte um die Einführung beziehungsweise den Ausbau direktdemokratischer Instrumente bildet jeweils die Frage, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über genügend Sachwissen zur Beurteilung von komplexen politischen Vorlagen verfügen. Gegner der direkten Demokratie befürchten, die mangelnde Beurteilungsfähigkeit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger könne von populistischen oder extremistischen Bewegungen ausgenutzt und für ihre Zwecke instrumentalisiert werden. Diesem häufig geäußerten Vorwurf oder Vorurteil gegenüber der direkten Demokratie soll in diesem Themenblock auf den Grund gegangen werden.

In der Schweiz bestehen mit Ausnahme des Gebots zur Beachtung des zwingenden Völkerrechts auf Bundesebene keine inhaltlichen Ausschlusskriterien für die Lancierung einer Volksinitiative. Auch die Referendumsfähigkeit eines Erlasses knüpft an formale und nicht inhaltliche Kriterien an. Diverse Studien attestieren den Schweizer Stimmberechtigten einen grundsätzlich guten Wissenstand in Bezug auf Abstimmungsvorlagen.

In Deutschland bestehen hingegen teilweise Zweifel, ob die Bürgerinnen und Bürger in der Lage sind, bestimmte Sachfragen zu beurteilen. Bestes Beispiel ist der kommunale Haushalt, der gerne als „Königsdisziplin“ der Mandatsträger bezeichnet wird.

Hinzu kommt die besondere Situation von Rheinland-Pfalz auch im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern. Durch die kleinteilige Kommunalstruktur (24 Landkreise, 12 kreisfreie Städte, 30 Städte und Gemeinden, die keiner Verbandsgemeinde angehören sowie 149 Verbandsgemeinden mit 2'263 Ortsgemeinden) und die Tatsache, dass alle kommunalen Mandatsträger vom Stadtratsmitglied in Mainz bis zum Ortsbeiratsmitglied ehrenamtlich tätig sind, wird häufig argumentiert, dass damit bereits eine hinreichende direktdemokratische Legitimation und Verankerung gegeben ist und Bürgerbeteiligung dadurch per se praktiziert wird.

In Anknüpfung an die Erfahrungen im Schweizer System und den Diskurs auf rheinland-pfälzischer Seite sollen in der Podiumsdiskussion Möglichkeiten diskutiert werden, wie direktdemokratische Verfahren ausgestaltet und vorbereitet sein müssen, damit die Komplexität von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bewältigt werden kann. Es soll erörtert werden, wo allenfalls inhaltliche Grenzen sinnvoll sein könnten und so das Spannungsverhältnis zwischen ehrenamtlichen Mandatsträgern und direkter Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger aufgelöst werden könnte. In diesem Zusammenhang soll auch diskutiert werden, ob ehrenamtliche Mandatsträger beziehungsweise gewählte Abgeordnete eher in der Lage sind, Inhalt und Folgen komplexer Vorlagen zu erfassen als die Bürgerinnen und Bürger.